

Pflege in Berlin:

Die Pflegepolitik des Senats und die Sicht der CDU

Vortrag am 10. Dezember 2025, 18:00 Uhr

Christian Zander MdA

Gesundheits- und pflegepolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im
Abgeordnetenhaus von Berlin

Finanzierung der Pflege über die Pflegeversicherung

Steigende Beiträge und steigende Eigenanteile – eine Spirale ohne Ende?

Gründe für Anstieg:

- **Demographischer Wandel**
- **Leistungsausweitungen**
- **Höhere Kosten (Personal, Energie, Beschaffung, ...)**

Wie kann man gegensteuern?

Bundespolitische Perspektive

-> unterschiedliche Ideen

- Vollversicherung**
- Sockel-Spitze-Tausch**
- Private Zusatzversicherung**
- Streichung Entlastungsbetrag**
- Leistungen nach Bedarf ohne Pflegegradeinteilung**
- versicherungsfremde Leistungen steuerfinanziert**
- Bund-Länder-AG Pflegereform (Zwischenbericht 10/25)**

Landespolitische Möglichkeiten

- Übernahme Investitionskosten**
- Landespflegegeld (über SPD im Koalitionsvertrag)**

!Haushaltspolitische Realität!

Mittel zielgerichteter einsetzen; Blick auf Prävention verstärkt zu richten, ist grundsätzlich zu befürworten.

Für alle Tätigkeiten Fachkräfte?

Fachkräftemangel/-gewinnung

Bundes- und landespolitische Maßnahmen

Anwerbung ausländischer Fachkräfte von Berliner Krankenhäusern und Pflegediensten (1.200 in 2023 -> 1.800 in 2024)

-> Dauer Anerkennungsverfahren

-> Belastung der Beschäftigten stark gestiegen, Personalaufwuchs nur um 2 Stellen (doppelt so viele Fälle je MA im Vergleich zu Brandenburg)

-> Aussicht: LaGeSo wird digitaler (trotz bundesweiter Vorgaben Vereinfachungen bspw. Führungszeugnis Herkunftsland)

Berliner Beratungsstelle für Fachkräfte mit ausländischem Pflegeabschluss

Erfolgreiche, nachhaltige Anwerbung geht einher mit Notwendigkeit der Kompetenzerweiterung für Pflegekräfte, um angeworbene Kräfte langfristig zu binden und attraktiver zu sein, da durch den starken Arztvorbehalt weniger Leistungen eigenständig erbracht werden können.

Mein persönlicher Wunsch: bundesweite Anerkennung und nicht nur bundesweite „Landingpage“

Landespflegepolitik

Perspektiven (von CDU und SPD)

Grundsätzlich keine „harten“ Gegensätze, recht pragmatische Zusammenarbeit in diesem Bereich.

Dennoch auch unterschiedliche Sichtweisen/Positionen:

- Entlastungstarifvertrag / Tarifverhandlungen (Ver.di)
- Leasing-Verträge (BKG-Vertragsmuster)
- Pflegekammer

- Pflege-Campus Wenckebach (politische Ziele) -> politisch-motivierte Förderung und Planung von Ausbildungsplätzen, statt auf Ideen des Trägers einzugehen und andere Träger angemessen zu unterstützen (Pflegeschulen)
- Umgang mit landeseigenen Unternehmen Vivantes und Charité – weniger Eingriffe, wirtschaftlicheres Handeln ermöglichen <-> staatliche Daseinsvorsorge (u.a. Psychiatrie)

Vorbildlich reagiert: Pflegehelfer nachqualifizieren, denn

1. Wieder über Pflegebudget refinanzierbar
2. Fachkräftesicherung und höhere Qualität
3. Individueller Vorteil durch höheres Gehalt

Knapp ein Jahr vor der Abgeordnetenhauswahl

Wie bewertet die CDU-Fraktion die Politik des Senats?

Schwer zu trennen Senat und Koalition!

Ausgangslage: limitierte Möglichkeiten durch Haushaltslage und was hat die Koalition daraus gemacht?

NEGATIV

keine Pflegekammer, kein Landespflegegeld, kein Pflege-Campus, kein Landespflegegesetz (wohl nur Eckpunkte als Grundlage in 2026; wenig Personalressourcen)

POSITIV

POSITIV

- Altenhilfe-Strukturgesetz schnell begonnen und transparenter Prozess (gibt aber noch offene Punkte)
- Pflegehelfer/innen nachqualifiziert
- Parkerleichterungen für ambulante Pflegedienste und Hebammen seit März 2024
- Berliner Hausbesuche berlinweit „ausgerollt“
- 2026 Aufbau eines Pflege-Notfalltelefons nach Hamburger Vorbild unter Berücksichtigung Berliner Strukturen (Pflegestützpunkte, bisherige Angebote)

WAS IST NOCH ZU TUN

zur Verbesserung/Entlastung der ambulanten und stationären pflegerischen Versorgung?

Digitalisierung (nur noch ein Drittel der Zeit für Dokumentation; Patientensicherheit)

Personalbemessungsrichtlinien überdenken, ob zu unflexibel und nicht gar nachteilig (PPP-RL...)

Digitale Befähigung auf beiden Seiten

Pflegekammer (Berufsbild stärken)

Kurzzeitpflege für Kinder/Jugendliche (laut Landespflegeplan vorgesehen)

Krisenresilienz stärken; z.B. Stromausfälle; relevant beatmungspflichtige Patienten in eigener Häuslichkeit

Sonderrechte beim ruhenden Verkehr, um Einschränkungen der Verkehrspolitik der letzten Jahre abzumildern

Demenzfreundliche Kommune (u.a. Lichtenberg) ausbauen

Community Health Nurse (Pflegekompetenz)

-> verschiedene Ansätze laufen derzeit in Berlin

(Praxisnetzwerk der KV, DRK-Kliniken, Gesundheitszentrum Neukölln sowie Luckau [Gemeindegesundheitspflegerin])

-> alle unterschiedlich finanziert, nicht in Regelversorgung

Einsatzfelder bei Entlassmanagement; Hausbesuche; Nachsorge; indirekt gegen Vereinsamung usw.

Entlastung durch Pflege-Notfalltelefon; Stärkung Pflegestützpunkte (Anlehnung an 116 117)

Rolle der Träger (privat, gemeinnützig, öffentlich) und des Senats

Mehr Projekte gemeinschaftlich umsetzen (man soll sich als Partner verstehen und z.B. gezielt nach landesrechtlichen bürokratischen Hemmnissen suchen).

Öffentliche Träger springen notfalls bei Versorgungslücken ein, ohne diese dabei wirtschaftlich zu überfordern.

Die in der Praxis Tätigen wissen am besten, was zu tun wäre.